

Merkblatt zum Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

Bitte lesen Sie das Merkblatt aufmerksam! Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die Unterhaltsvorschussstelle.

Bereich Torgau/ Oschatz/ Schkeuditz/ Eilenburg (Sitz: 04758 Oschatz, Friedrich-Naumann-Promenade 9)

Sachbearbeiter	Zuständigkeit - Nachname des Kindes	Zimmer	Telefon
Frau Schüttig	A B C D E F G H N O S T U V	20	03421-758 6197
Frau Kirchhoff	I J K L M P Q R W X Y Z	19	03421-758 6191
Herr Weidner	Eilenburg A-Z	46	03421-758 6190

Bereich Delitzsch /Taucha (Sitz: 04509 Delitzsch, Richard-Wagner-Str. 7a)

Sachbearbeiter	Zuständigkeit - Nachname des Kindes	Zimmer	Telefon
Frau Pabst	A B C D E F I J O P Q S T V Y X	3.06	03421- 758 6156
Frau Viola	G H K L M N R U W Z	3.03	03421- 758 6153

Anträge auf Unterhaltsvorschuss können bei dem o.g. Mitarbeiter telefonisch angefordert werden, sind zur Abholung in den Bürgerbüros Torgau, Oschatz, Delitzsch und Eilenburg hinterlegt und über www.landkreis-nordsachsen.de/formularuebersicht.html (Unterhaltsvorschuss → Antrag UVG → Merkblatt → Zuständigkeitsübersicht) herunterzuladen.

Der Antrag ist persönlich bei dem zuständigen Sachbearbeiter zu den Sprechzeiten

Montag: kein Sprechtag
 Dienstag: 8.30 – 12.00 Uhr und 13.00 – 18.00 Uhr
 Mittwoch: kein Sprechtag
 Donnerstag: 8.30 – 12.00 Uhr und 13.00 – 16.00 Uhr
 Freitag: 8.30 – 12.00 Uhr abzugeben.

Anträge für Schkeuditz und Eilenburg können auf dem Postweg (LRA Nordsachsen, Jugendamt Oschatz, 04855 Torgau) versandt werden.

I. Wer hat Anspruch auf die UVG-Leistung?

- Berechtigt nach dem UVG ist das Kind. Die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Leistungen müssen deshalb in der Person des Kindes erfüllt sein. Ein Kind hat Anspruch auf die UVG-Leistung, wenn es
 - das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet hat **und**
 - im Bundesgebiet bei einem seiner Elternteile lebt,
 - der ledig, verwitwet oder geschieden ist **oder**
 - der von seinem Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartner dauernd getrennt lebt **oder**
 - dessen Ehegatte oder eingetragener Lebenspartner für voraussichtlich sechs Monate in einer Anstalt untergebracht ist **und**
 - nicht oder nicht regelmäßig wenigstens in der nach Abschnitt III in Betracht kommenden Höhe
 - Unterhalt vom anderen Elternteil **oder**
 - wenn dieser oder ein Stiefelternteil gestorben ist, Waisenbezüge erhält.
- Darüber hinaus hat das Kind bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres Anspruch auf UVG-Leistungen, wenn
 - es keine Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II)/ Arbeitslosengeld II/ Hartz IV bezieht **oder**
 - es durch die Zahlung von UVG-Leistungen nicht mehr auf SGB II-Leistungen angewiesen sein wird **oder**
 - der alleinerziehende Elternteil mit Ausnahme des Kindergeldes ein monatliches Bruttoeinkommen von mindestens 600,00 € bezieht und nur ergänzende Leistungen nach dem SGB II bezieht.
- Ein ausländisches Kind (außer Angehörige der EU/ des EWR und der Schweiz) hat einen Anspruch nur, wenn es oder der allein erziehende Elternteil im Besitz

einer Niederlassungserlaubnis ist. Auch eine Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke der Erwerbstätigkeit oder des Familiennachzugs berechtigt zum Bezug von UVG-Leistungen.

II. Wann besteht kein Anspruch auf die UVG-Leistung?

- Der Anspruch ist ausgeschlossen,
- wenn beide Elternteile in häuslicher Gemeinschaft miteinander leben (unabhängig davon, ob sie miteinander verheiratet sind oder nicht), **oder**
 - wenn der Elternteil, bei dem das Kind lebt, heiratet (auch wenn es sich dabei nicht um den anderen Elternteil handelt) oder eine eingetragene Lebenspartnerschaft eingeht, **oder**
 - wenn beide Elternteile das Kind gemeinsam betreuen, **oder**
 - wenn das Kind nicht von einem Elternteil betreut wird, sondern sich z. B. in einem Heim oder in Vollpflege bei einer anderen Familie befindet, **oder**
 - wenn von z. B. zwei Kindern je eines bei einem der Elternteile wohnt und jeder der Elternteile für den vollen Unterhalt des bei ihm lebenden Kindes alleine aufkommt, **oder**
 - wenn der allein erziehende Elternteil sich weigert, die zur Durchführung des UVG erforderlichen Auskünfte zu erteilen oder bei der Feststellung der Vaterschaft oder des Aufenthaltes des anderen Elternteils mitzuwirken, **oder**
 - wenn das Kind Unterhaltszahlungen in ausreichender Höhe (vgl. Abschnitt III) von dem anderen Elternteil bzw. demjenigen, der sich für den Vater des Kindes hält, erhält (als Unterhaltszahlungen gelten z. B. auch die Zahlung von Kindertagesstättenbeiträgen), **oder**

- wenn der andere Elternteil seine Unterhaltspflicht durch Vorauszahlung erfüllt hat oder von der Unterhaltszahlung freigestellt worden ist.
oder
- wenn das Kind ab Vollendung des 12. Lebensjahres SGB II-Leistungen bezieht und durch den Bezug der UVG-Leistung die Hilfebedürftigkeit nicht vermieden werden kann oder der betreuende Elternteil über ein Bruttoeinkommen von weniger als 600,00 € verfügt
oder
- wenn das Kind keine allgemeinbildende Schule mehr besucht und über eigene Einkünfte verfügt, die den Unterhaltsvorschussbetrag entsprechen oder diesen übersteigen

III. Wie hoch ist die UVG-Leistung?

Die UVG-Leistung wird monatlich in Höhe des sich nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ergebenden Mindestunterhalts abzüglich des vollen Erstkindergeldes gezahlt. Daraus ergeben sich folgende Beträge:

1. Altersstufe: Kinder von 0 bis 5 Jahren	154,00 €
2. Altersstufe: Kinder von 6 bis 11 Jahren	205,00 €
3. Altersstufe: Kinder von 12 bis 17 Jahren	273,00 €

Auf die UVG-Leistung werden Unterhaltszahlungen des anderen Elternteils oder Waisenbezüge, die das Kind nach dem Tod des anderen Elternteils oder des Stiefelternteils erhält, angerechnet.

Besucht das Kind keine allgemeinbildende Schule mehr, werden außerdem auch seine Einkünfte aus zumutbarer Arbeit und aus seinem Vermögen (z. B. Zinsen, Mieteinnahmen, etc.) angerechnet.

UVG-Leistungen von monatlich unter 5,00 € werden nicht ausgezahlt.

IV. Für welchen Zeitraum wird die UVG-Leistung gezahlt?

Die UVG-Leistung kann rückwirkend für einen Kalendermonat vor dem Monat der Antragstellung gezahlt werden, soweit die in Abschnitt I genannten Voraussetzungen bereits in dieser Zeit erfüllt waren und es nicht an zumutbaren Bemühungen gefehlt hat, den anderen unterhaltspflichtigen Elternteil zu Unterhaltszahlungen zu veranlassen.

V. Was muss man tun, um die UVG-Leistung zu erhalten?

Erforderlich ist ein Antrag des allein erziehenden Elternteils oder des gesetzlichen Vertreters des Kindes bei der Unterhaltsvorschussstelle des örtlich zuständigen Landkreises/ der kreisfreien Stadt. Die Unterhaltsvorschussstelle hilft beim Ausfüllen des Antragsformulars.

VI. Welche Pflichten haben der allein erziehende Elternteil und der gesetzliche Vertreter des Kindes, wenn sie die UVG-Leistung beantragt haben oder erhalten?

Der alleinerziehende Elternteil muss nach der Antragstellung unverzüglich alle Änderungen der Unterhaltsvorschussstelle anzeigen, die für die UVG-Leistungen von Bedeutung sind, und zwar insbesondere

- wenn das Kind nicht mehr ausschließlich bei dem alleinerziehenden Elternteil lebt (z. B. wegen des Aufenthalts in einem Heim, bei Pflegeeltern, bei dem anderen Elternteil),

- wenn die tatsächliche Personensorge unter den Eltern gleichmäßig verteilt wird,
- wenn der allein erziehende Elternteil heiratet (auch, wenn es sich bei dem Ehepartner nicht um den anderen Elternteil handelt) oder eine eingetragene Lebenspartnerschaft (gleichgeschlechtlich) eingeht,
- wenn der allein erziehende Elternteil mit dem anderen Elternteil oder dem Stiefelternteil zusammen zieht,
- wenn ein weiteres gemeinsames Kind zum anderen Elternteil zieht,
- wenn der bisher unbekannt Aufenthalt des anderen Elternteils bekannt wird,
- wenn ein Unterhaltstitel für das Kind geschaffen bzw. die Unterhaltspflicht des anderen Elternteils neu berechnet wird/ wurde
- wenn der andere Elternteil Unterhalt für das Kind zahlt bzw. zahlen will oder wenn Unterhalt für das Kind gepfändet wird
- wenn der andere Elternteil oder das Kind verstorben ist,
- wenn für das Kind Halbwaisenrente gewährt wird,
- wenn sich die Anschrift des Kindes bzw. des allein erziehenden Elternteils ändert.
- wenn das Kind die allgemeinbildende Schule verlassen bzw. abgeschlossen hat
- wenn das Kind eigenes Einkommen (z.B. Ausbildungsvergütung, Miet- und Zinseinnahmen) erzielt

Die fahrlässige oder vorsätzliche Verletzung der Mitteilungspflichten kann mit Bußgeld geahndet werden und zur Ersatzpflicht führen (vgl. Abschnitt VII.). Wenn möglich sollten Änderungen daher in eigenem Interesse vorab mitgeteilt werden.

VII. In welchen Fällen muss die UVG-Leistung ersetzt oder zurückgezahlt werden?

Etwaige Unterhaltsansprüche des Kindes gegen den anderen Elternteil gehen in Höhe des Unterhaltsvorschusses auf den Freistaat Sachsen über, der diese Ansprüche geltend macht.

Unabhängig davon können jedoch auch den Antragsteller oder das Kind Rückzahlungsverpflichtungen treffen.

So muss die Leistung nach dem UVG ersetzt oder zurückgezahlt werden, wenn

- bei der Antragstellung fahrlässig oder vorsätzlich falsche oder unvollständige Angaben gemacht worden sind,
oder
- nach der Antragstellung die Mitteilungspflichten nach Abschnitt VI dieses Merkblatts verletzt worden sind,
oder
- der allein erziehende Elternteil gewusst oder infolge Fahrlässigkeit nicht gewusst hat, dass die Voraussetzungen für die Zahlung der UVG-Leistung nicht erfüllt waren,
oder
- das Kind nach der Antragstellung Einkommen erzielt hat, das bei der Berechnung der Leistungen nach dem UVG hätte abgezogen werden müssen (vgl. Abschnitt III).

Die Ersatzpflicht beginnt nach Ablauf des Tages der Änderung der Verhältnisse.